

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 18/436, 18/602 –**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 2120 (2013) vom 10. Oktober 2013 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Bis Ende 2014 bleiben bis zu 3 300 Soldaten der Bundeswehr im Einsatz in Afghanistan. Damit zieht die Bundesregierung ein weiteres Mal nicht die notwendige Konsequenz aus dem Scheitern von zwölf Jahren „Krieg gegen den Terror“. Es wird weiterhin an einer militärischen Lösung festgehalten. Afghanistan ist nicht annähernd befriedet.
2. Die Bundesregierung erweckt den Eindruck, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan bis Ende 2014 beendet werden soll. Das ist falsch und eine Täuschung von Parlament und Öffentlichkeit. Auch nach 2014 ist mit der Planung der Nachfolgemission „Resolute Support“ ein NATO-Einsatz mit einem personellen Gesamtumfang von 8 000 bis 12 000 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen. Zunächst für zwei Jahre sollen 600 bis 800 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Nordafghanistan und Kabul „Dienst tun.“
3. Ohne einen vollständigen Abzug der ausländischen Truppen wird es in Afghanistan keinen Übergang zu einem Versöhnungsprozess geben. Bereits die Ankündigung, dass die NATO im Rahmen der Mission Resolute Support in Afghanistan verbleiben will, gefährdet Verhandlungen über Versöhnung.
4. Die Kriegsführung der westlichen Militärallianz und des Karsai-Regimes vertieft die internen Konflikte Afghanistans immer mehr. Die Lage im Land ist katastrophal. Die sich weiter verschlechternde Sicherheitslage zeigt sich

vor allem im dramatischen Anstieg der Opfer, auf 4 600 Gefallene, auf Seiten der afghanischen Streitkräfte bis November 2013. Ungeachtet der Ablenkungsmanöver der Bundesregierung im jüngsten Fortschrittsbericht ist eine dramatische Zunahme der Kampfhandlungen gerade im Norden zu beobachten (ISAF, 15.1.14). Im vergangenen Jahr wurden allein bis Oktober 2 568 Zivilisten getötet. Seit Beginn der NATO-Intervention ist Afghanistan zum Exportweltmeister für Opium aufgestiegen. Afghanistan rutschte 2013 im Human Development Index, der Lebenserwartung, Lebensstandard und Bildung misst, weitere drei Plätze nach hinten, auf Platz 175 von 187 Ländern. Die Menschenrechtsslage ist auch in den von Karsai beherrschten Gebieten des Landes desaströs.

5. Der politische Prozess in Afghanistan muss zu Verhandlungen mit allen politischen Akteuren und ohne Vorbedingungen führen. Dafür hat sich die Bundesregierung bisher nicht ernsthaft eingesetzt. Unter anderem hat sie nicht auf faire und transparente Wahlen bestanden. Aus dem offensichtlichen Wahlbetrug durch den Karsai-Clan in der Wahl 2009 wurden keine Konsequenzen für die Wahlen 2014 gezogen.
6. Die deutsche Öffentlichkeit erwartet von der Bundesregierung eine gründliche Analyse der Ergebnisse des zwölf Jahre andauernden Krieges in Afghanistan und der deutschen Beteiligung an ihm. Der Öffentlichkeit liegen verschiedenste Analysen zum Afghanistan-Krieg vor. Sowohl der Bericht der EKD als auch der Bericht des Afghan Analysts Network zum Verhalten der Bundeswehr im Norden Afghanistans formulieren eine fundamentale Kritik an der Afghanistan-Strategie der Bundesregierung. Der Fortschrittsbericht der Bundesregierung verharmlost dagegen die katastrophale Lage in Afghanistan, indem Zusammenhänge verschwiegen werden: Weder die laut UNAMA „systematisch“ betriebenen Folterungen in afghanischen Gefängnissen noch die Kollaboration der regionalen Machthaber des Karzai-Regimes mit der Drogenökonomie werden thematisiert.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Beteiligung deutscher Streitkräfte am ISAF-Einsatz zu beenden und die Bundeswehr sofort vollständig und ohne Vorbedingungen aus Afghanistan abzuziehen, und die Zusammenarbeit aller deutschen Stellen mit US-, NATO- oder afghanischen Sicherheitsbehörden im Rahmen der Kriegsführung zu beenden,
2. im NATO-Rat dafür einzutreten, die Vorbereitungen für die Militär-Mission „Resolute Support“ einzustellen und keine anderen militärischen Folgemissionen zu unterstützen,
3. die Teilnahme der Bundeswehr an der Militär-Mission „Resolute Support“ oder an einer anderen Militär-Mission in Afghanistan auszuschließen,
4. die zivil-militärische Zusammenarbeit zu beenden und sich stattdessen auf zivile Krisenbewältigung und Entwicklungszusammenarbeit zu konzentrieren und
5. dem Bundestag eine umfassende Bilanz von zwölf Jahren Krieg in Afghanistan, und der deutschen Beteiligung daran vorzulegen.

Berlin, den 19. Februar 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion